



ARGUMENT DER WOCHE



Krieg ist keine Antwort auf Terror und Gewalt!

Politik darf nicht Rache zu nehmen!
Politik hat die Pflicht, Frieden zu stiften.

Der Kampf gegen den Terrorismus kann gewonnen werden, der Krieg gegen ihn niemals.

Wo Krieg beginnt, kommen Angst – Ängste aller Art –, Zorn, Wut, auch Hass und archaische Impulse der Vergeltung auf.

Was könnte heute aktueller sein?

Wir suchen nach einem neuen, nach einem für Alle attraktiven Frieden. Nach einem Frieden in Solidarität, Gerechtigkeit und Freiheit. Jetzt und sofort. Wir glauben nicht an Sicherheit durch Krieg, sondern wir wollen Sicherheit durch Frieden.

Wir stehen als Antikriegspartei für eine Politik, die weder die weltweit in Gang gesetzte Spirale der Gewalt weiterdreht noch die Täter und ihre Hintermänner ungeschoren davon kommen lässt.

Eine neue Welt braucht eine neue Politik.

Wir wollen ein Handeln der UN, das sich nicht auf den Sicherheitsrat begrenzt, sondern die Völkergemeinschaft insgesamt einbezieht. Alle Länder sollen gemeinsame Entscheidungen im Kampf gegen den Terrorismus treffen.

Wir ringen darum, dass Friedenspositionen unterschiedlicher Couleur in der Gesellschaft mehrheitsfähig werden. Hier muss sich zeigen, wie zivilisiert die zivilisierte Welt ist.

Fragen von Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit müssen auf einer neuen Ebene thematisiert werden.

Abrüstung ist da ein wichtiger Weg.

**Frieden ist ein Menschenrecht –
danach muss sich Politik ausrichten.**

Wir erheben an Bundesregierung und Bundestag folgende Forderungen:

Regierung und Bundestag sind aufgefordert, jeden Kampfeinsatz der Bundeswehr außer zur Landes- und Bündnisverteidigung abzulehnen, auf ein kernwaffenfreies Deutschland zu dringen und die Doktrin des atomaren Ersteinsatzes als geplanten Massenmord zu verurteilen. Frieden und Sicherheit schließen Androhung oder Anwendung militärischer Gewalt als Mittel zur Durchsetzung politischer oder anderer Ziele aus; das gilt für jede Art von Aggression gegen andere Staaten.

Wir verlangen eine entmilitarisierte Außenpolitik der Bundesrepublik. Zur Konfliktvorbeugung und Konfliktlösung sind nur solche zivilen Mittel und Methoden anzuwenden, die zur Überwindung der Konfliktursachen beitragen. Der NATO-Krieg gegen Jugoslawien hat alle Probleme dieser Region verschärft, zur größten humanitären Katastrophe nach dem 2. Weltkrieg in Europa geführt und die Widersprüche in der internationalen Politik zugespitzt. Von den deutschen Abgeordneten im Europaparlament erwarten wir, daß sie sich gegen die Militarisierung der Außen- und Sicherheitspolitik der EU wenden und für die schrittweise Umgestaltung Europas in einen atomwaffenfreien Kontinent einsetzen. Frieden und Sicherheit sind nur im gemeinsamen und gleichberechtigten Zusammenwirken aller Staaten und Völker gewährleistet.

Wir fordern die Bundesregierung auf, den Verteidigungshaushalt drastisch zu senken, die für hochtechnologische Waffen und Geräte für die Bundeswehr vorgesehenen Mittel systematisch zu reduzieren und für die Schaffung von Arbeitsplätzen, für Bildung, das Gesundheitswesen und soziale und kulturelle Aufgaben einzusetzen. Militär und Rüstung sind auch in der Bundesrepublik zu einer Bedrohung der sozialen Standards des Volkes geworden und eine nicht zu rechtfertigende Vergeudung gesellschaftlicher Ressourcen. Deutschlands Friedensbeitrag muss im quantitativen und qualitativen Abbau von Rüstungsforschung und Rüstungsproduktion sowie in beispielgebender Rüstungskonversion bestehen. Der Waffenexport ist per Gesetz zu unterbinden.

**Schwerter zu Pflugscharen und Frieden schaffen ohne Waffen -
diesen Zielen der Friedens- und Antikriegsbewegung
bleiben wir verpflichtet.**